

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Von Kadel bis Reventlow.

Große kommunistisch-völkische Koalition.

Aus der „Roten Fahne“, dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei können unsere Parteigenossen heute erfahren, daß am letzten Sonntag in Weimar eine Konferenz der Linken in der Sozialdemokratie stattgefunden hat. Sie war — nach der gleichen Quelle — von etwa 30 Reichstagsabgeordneten besetzt. Diese Konferenz soll sich gegen die Cuno-Regierung und gegen die große Koalition ausgesprochen haben.

Wir wollen die Erinnerung daran unterdrücken, daß die Spaltung der alten Sozialdemokratie mit Sonderkonferenzen der Opposition begann, auch die Erinnerung daran, daß die Spaltung der alten USP, in ähnlicher Weise vorbereitet wurde. Wir nehmen von dieser letzten Sonderkonferenz von Mitgliedern der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei lediglich Notiz, um den Parteigenossen das Urteil zu überlassen.

Inzwischen erscheint in der „Chemnitzer Volksstimme“ ein programmatischer Artikel unter der Überschrift „Um Sein oder Nichtsein“. Er ist in einer Tonart gehalten, daß er etwa dem Geiste der Weimarer Beschlüsse entsprechen könnte. Den Gedanken einer großen Koalition lehnt das Chemnitzer Parteiblatt rundweg als unmöglich ab, da er die Partei zertrümmern würde:

„Wir sind den vereinigten Klassengegnern gegenüber nicht stark genug, um mit ihnen aus einer Schüssel zu essen, um ihnen unseren Willen, die zur Rettung vor dem Chaos notwendigen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen aufzuzwingen.“

Sollte die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft aus ihrer Mitte an Stelle des Kabinetts Cuno eine neue Regierung bilden, so wären ihr von der Sozialdemokratie die Mindestforderungen zu unterbreiten. Aber:

„Nichtbewilligung, die geringste Verschleppung und Sabotage ist als Fehdehandlung für die Sozialdemokratie aufzufassen und bedeutete Durchführung schärfster Kampfes mit Einsatz aller Mittel, denn das Risiko des Bürgerkrieges mit seinen furchtbaren, auch außenpolitischen Folgen, das dahinter steht, wird nicht bestrast durch Zuzwarten, sondern verschärft — akut ist es sowieso.“

An anderer Stelle kommt der Artikel auf denselben Gedanken zurück:

„Wer hören kann, hört das warnende Klopfen an der Tür! Dem Kampf kann unter keinen Umständen ausgewichen werden. Die Frage ist nur, wie er zu führen ist, nach welchen strategischen Plänen und mit wie starker oder schwacher Front.“

Die „Chemnitzer Volksstimme“ ist also ganz von dem Gedanken erfüllt, daß dem Bürgerkrieg nach italienischem Muster nicht auszuweichen sei und daß die sozialistische Arbeiterschaft lediglich darauf ihre Aufmerksamkeit zu richten habe.

Es ist nun ein seltsames Zusammentreffen, daß am gleichen Tage in der „Roten Fahne“ Karl Kadel über den „nahenden Bankrott der deutschen Bourgeoisie und die Aufgaben der KPD“ lehrte. Kadel zeigt seine Hoffnung auf die vereinsamten Kleinbürger, die nach seiner Meinung jetzt zu denken beginnen und zu Verbündeten der Arbeiterklasse würden. Allerdings sei es Aufgabe der KPD, die Mehrheit der aktiven Teile der Arbeiterklasse unter ihrem Banner zu organisieren und die Mehrheit der gesamten Arbeiterklasse wenigstens mit Sympathie für die KPD zu erfüllen. Kadel bescheinigt seinen deutschen Parteigenossen, daß sie bisher kümperhaft agiert haben. Sie hätten nicht einmal verstanden, die drei Millionen Arbeiter in den Gewerkschaften, die mit ihnen zusammenhängen, auch nur in loser Form zusammenzufassen. Die deutsche Bourgeoisie sei so organisiert wie keine der Welt. Deshalb müsse die KPD, so organisiert sein, wie keine kommunistische Partei der Welt. Das Minimum, das in der nächsten Zeit an Mitglieder zaji-

erreicht werden müsse, sei eine Million. Vorher dürfe die KPD nicht große Aktionen einleiten. Die Zeit zum Generalkampf sei noch nicht da:

„Wir müssen die Schlächten schlagen, vor die uns die Geschichte stellt, aber wir müssen dabei noch immer im Auge behalten, daß wir momentan noch schwächer sind. Wir dürfen jetzt nicht nur noch keine Generalschlacht liefern, sondern wir müssen alles vermeiden, was dem Feinde ermöglichen würde, uns teilweise zu schlagen. ... Es sind Niederlagen möglich, die ein Heer erleidet, wenn es bei ungenügender artistischer Vorbereitung zur Offensive übergeht. ... Die Entscheidung dürfen wir von selbst noch nicht juchen.“

Selbst Kadel hält es also für erforderlich, seine durch hundertfache Parolen ausgepeitschten Parteigenossen von der Zwangsvorstellung des blutigen Bürgerkrieges zurückzupfeifen. Einstweilen sollen sie „organisieren und agitieren“, bis sie mindestens eine Million Mitglieder haben. Nach allen Erfahrungen wird das zwar noch eine Weile dauern, und so bereiten sich die deutschen Kommunisten langsam aber sicher vor auf die große Koalition — allerdings nicht eine parlamentarische mit der Deutschen Volkspartei, um die Republik zu erhalten, sondern auf eine außerparlamentarische und antirepublikanische mit den Völkischen! In der gleichen Nummer der „Roten Fahne“ darf der alldeutsche U-Boot-Apostel Graf Ernst Reventlow den Kommunisten auseinandersetzen, warum und inwieweit die Völkischen unter Umständen „mit dem Kommunismus zu einer Kooperation gelangen“ könnten. Er versichert treuherrlich, daß die Völkischen nicht „an eine Fesselung der Arbeiterschaft nach Mussolinis Beispiel denken“.

Es gibt keinen völkischen Führer und es gibt keine völkische Organisation, die auch entfernt nur daran denken, die früheren deutschen oder ähnliche Zustände wieder heraufzuführen zu wollen, ganz abgesehen von der Torheit eines solchen Gedankens. Es gibt auch keinen völkischen Führer und keine völkische Organisation, die im Dienste des Kapitalismus stünde, die alte Kastenvorteile erstrebt, die der Bevölkerung diese und Wege vorzuziehen versuchte, an die sie im Grunde nicht dachte. ... Ich kann es nicht loyal finden, wenn die kommunistische Propaganda mit diesen Dingen die Völkischen überhaupt zu sogenannten Reaktionsären und Volksheträgern zu stampfen versucht. Immerhin brauchte man sich bei der gegenseitigen scharfen Kampfstellung auch darüber nicht zu wundern, wenn nicht inzwischen die Schlageterrede Kadels eine neue Strategie — oder ist es nur eine Taktik? — der Kommunisten in Deutschland verkündet hätte.“

Nachdem Reventlow den kommunistischen Lesern der „Roten Fahne“ versichert hat, daß die Sozialdemokratie kapitalistisch sei, hält er es für selbstverständlich, daß der augenblickliche rücksichtslose Kampf der Kommunisten gegen die Völkischen vor allem aufhören müßte!

Die „Rote Fahne“ vermutet, daß dieser Auftrag Reventlows und seine Veröffentlichung im kommunistischen Organ beim „Vorwärts“ Schreitkräfte auslösen werde. Sie ist auf einer ganz falschen Fährte. Die „Kooperation“ der Kommunisten und Völkischen ist auch bisher schon für jeden klarschauenden Deutschen so augenfällig in die Erscheinung getreten, daß es weder der Schlageter-Rede Kadels noch des Kooperationsartikels von Reventlow bedurfte, um ihre Existenz zu bestätigen. Die offene Verbrüderung in den Spalten der „Roten Fahne“ unterstreicht nur, was wir immer gesagt haben, daß Kommunisten und Faschisten sich offen in die Hände arbeiten. Der Antifaschistenrummel endet damit, daß der Faschistenhauptide Reventlow Mitarbeiter der „Roten Fahne“ wird. Und die kommunistischen Arbeiter freuen sich naiverweise über die „Strategie“ ihrer Führer, die die „große Koalition“ verdammen, wenn Sozialdemokraten sie im Interesse der Deutschen Republik nötig finden, die aber selbst offen die große Koalition von Kadel bis Reventlow proklamieren.

Eine Fortsetzung.

Von Artur Crispian.

„Die Vorbedingungen für die Schaffung einer Arbeiterregierung in Deutschland sind zurzeit nicht gegeben, sie müssen erst geschaffen werden.“ Zu diesem an und für sich richtigen Schluß kommt der „Vorwärts“ in dem Artikel über die Arbeiterregierung in seinem Abendblatt vom 31. Juli 1923. Der Artikel hört gerade dort auf, wo davon gesprochen werden müßte, wie die Vorbedingungen für die Arbeiterregierung zu schaffen sind. Denn daß „die Dinge von selbst reif werden“, wird wohl kein Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung behaupten wollen. Im Gegenteil, es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, auf die geschichtliche Entwicklung zielbewußt einzuwirken. Und damit kommen wir zu dem eigentlichen Problem der Gegenwart für uns, das heißt zu der Frage, welche Taktik wir jetzt einzuschlagen haben?

Sollen wir uns mehr oder weniger fatalistisch verhalten und uns einreden, es gibt keine andere Möglichkeit für uns, als daß wir uns mit einer Taktik der Koalition mit bürgerlichen Parteien abfinden? Wobei nur abgemessert wird zwischen einer Zeit, in der wir unsere Vertreter in der Regierung haben, und einer anderen Zeit, wo wir nicht in der Regierung vertreten sind. Ein Wechsel zwischen direkter und indirekter Koalition.

Wir sollten doch endlich alle zusammen gründlich kuriert sein von einer Politik der Koalition mit bürgerlichen Parteien. Heute, bei einem Dollarstand von fast einhalb Millionen, angesichts der systematischen Auszehrung der arbeitenden Massen durch unsere eigenen Musterpatrioten, in banger Sorge, wie das Ruhrgebiet und das Rheinland für Deutschland gerettet werden können! Das alles trotz der Koalition mit bürgerlichen Parteien.

Die Großkapitalisten der Industrie, der Finanzen und der Landwirtschaft haben ihre Politik durchgesetzt, ob Sozialdemokraten mit Bürgerlichen in der Regierung saßen oder nicht. Denn die gegenwärtigen Zustände in Deutschland sind Resultate der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der großkapitalistischen Politik. Wir können Deutschland nur aus Not und Elend herausbringen ohne und gegen die Großkapitalisten, nicht mit ihnen.

Bei allen wichtigen Fragen haben uns die bürgerlichen Parteien in fester Geschlossenheit auch im Reichstag rücksichtslos an die Wand gedrückt. So auf den Gebieten des Finanz- und Steuerwesens, der Sozialpolitik und der Justiz. Sie haben eben Klassenbewußtsein und nehmen ihre Klasseninteressen wahr.

Die Großkapitalisten stürzten die Regierung Birck, nachdem sie deren Politik zum Scheitern gebracht hatten, sie verhinderten die Erweiterung der Regierung nach links, sie setzten die Katastrophenpolitik durch, die zur Besetzung der Ruhr geführt hat, sie lassen die von außen und innen bedrohte Republik finanziell und wirtschaftlich zusammenbrechen, ohne mit ihren überreichen Schätzen helfend einzuwirken. Und mit diesen großkapitalistischen Mächten sollten wir uns verbinden können zum Wohle der Allgemeinheit? Nicht bewahren rund dreißig Jahre sozialistischer Schulung und Tätigkeit vor einem solchen Köhlerglauben.

Was sollen wir also tun?

Wir haben unsere Vorschläge und Forderungen zur Liquidierung der Ruhrkrise und zur finanziellen und wirtschaftlichen Befundung Deutschlands im Interesse der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes ebenso energisch und rücksichtslos zu vertreten wie die bürgerlichen Parteien ihre egoistischen Klasseninteressen im Interesse einer Minderheit vertreten. Mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln. Und das ohne vor Regierungskrisen zurückzuschrecken.

Wir müssen die Kühnheit wagen, selbst eine rein sozialistische Regierung zu bilden und den Reichstag mit seiner bürgerlichen Mehrheit heimzuschicken. Bei einem Wahlkampf für ein Programm im Interesse der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes haben wir nichts zu verlieren, aber viel, vielleicht sogar alles, zu gewinnen.

Eine klare, feste sozialistische Politik für die Arbeiter, Angestellten, Beamten, kleinen Gewerbetreibenden, Rentner aller Art, kurz für alle durch den Kapitalismus proletarisierten Schichten, würde uns diese Millionenmassen zuführen. So bereiten wir die Auflösung des Reichstags und den Wahlkampf vor, um im Kampf die große Koalition der Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes zu erringen. Denn hier bei den Arbeitern liegt die wirkliche Macht, sobald sie zusammengeführt sind und sobald sie wissen, was sie wollen.

Eine solche selbständige sozialistische Politik wird auch spielend die Paroleschusterei der Kommunisten überwinden. Alle Kritik an dieser Paroleschusterei, alle Ermahnungen an die kommunistisch irreführenden und indifferente Arbeiter fruchten nicht viel. Wir würden Jahrzehnte brauchen, um durch bloße Ueberredungskünste nennenswerte Teile dieser Arbeiterschichten zu gewinnen. Wenn die Kühnheit entschlossene Tat gewinnt uns alle, die wir brauchen, um stark und unbeflegbar zu sein.

Die arbeitenden Massen suchen und irren umher, wartend und hoffend, oft fast verzweifelt. Wir, die wir den marxistischen Sozialismus vertreten, dem die Zukunft gehört, wir allein sind berufen und auserwählt, ihnen die Kraft zu geben, sich selbst zu erlösen.

Tun wir unsere Pflicht!

Drohender Gasarbeiterstreik in Berlin.

Wie uns aus dem Tegeler Gaswerk berichtet wird, ist den Belegschaften der städtischen Gaswerke angekündigt worden, aus Mangel an Zahlungsmitteln könne die morgige Lohnauszahlung nicht erfolgen. Die Belegschaften sind entschlossen, falls morgen vormittag die Lohngehälter nicht vorhanden sind, die Arbeit einzustellen. Hoffentlich sorgt der Stadtkämmerer noch rechtzeitig dafür, daß dieser Streik vermieden wird.

Der Buchdruckerstreik in Köln.

Köln, 2. August. (Eigener Drahtbericht.) Seit Montag früh stehen in Köln sämtliche Druckerbetriebe still. Tageszeitungen erscheinen nicht. Obwohl die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ und die kommunistische „Sozialistische Republik“ die Forderungen der Buchdrucker bewilligt haben, wird auch in diesen Betrieben passive Resistenz geübt, um einen verstärkten Druck zur Beschleunigung der Lohnverhandlungen auszuüben.

Bürgerliche Einheitsfront bei den Wahlen in Deutschösterreich empfahl der christlichsoziale Bundeskanzler Seipel in einem Interview.

Dollarschwindel und Preissteigerungen.

Die Berliner Börse blieb heute sowohl für den Devisen- wie für den Effektenverkehr geschlossen. Von Bureau zu Bureau entwickelte sich doch ein sehr lebhafter Meinungsaustausch über die Börsenlage, zumal man heute noch die Veröffentlichung der Verordnung des Reichspräsidenten erwartet, durch die der Devisenverkehr wieder hergestellt wird. An der Danziger Börse hielten sich allerdings die Kurse eher noch unter dem gestrigen Niveau. So wurden heute vormittag gemeldet: Holland 395 000, England 4 900 000, Amerika 1 050 000, Auszahlung Warschau 525.

Auf Grund alarmierender falscher New-Yorker Meldungen wurden in den Berliner Marktschancen schnell die Preise hochgeschraubt. In der Markthalle wurde für das Pfund Butter nicht weniger als 300 000 M. (!) gefordert. Ein Berliner Vormittagsblatt hatte die falsche Meldung gebracht, daß in New-York der Dollar auf 1 428 000 M. geklettert sei. Prompt machten sich die deutschen Händler mit Lebensmitteln das zunutze. Der Jörn über diese Manipulationen ist unbeschreiblich.

Die Reichsbank hat den Wechselkurs von 18 auf 30 Prozent und den Lombardkurs von 19 auf 31 Prozent erhöht.

Hungerelend im Ruhrgebiet.

Das amtliche Reichliche Telegraphenbureau verbreitet aus Essen folgende alarmierende Nachricht:

Die Lage im Ruhrgebiet wird von Tag zu Tag, ja fast von Stunde zu Stunde ernstlicher. Infolge der französischen Grenzvorrichtungen und -bestimmungen wird der Grenzverkehr immer mehr beschränkt. Neue Stempel auf Pässe werden nur in seltenen Fällen bewilligt und sollen in Kürze überhaupt nicht mehr ausgegeben werden, so daß dann nur noch die Personen über die Grenze können, die jetzt bereits im Besitze des französischen Stempels sind. Waren kommen nur in geringen Mengen oder gar nicht ins besetzte Gebiet. Infolgedessen haben sehr viele Geschäfte ausverkauft, viele Läden sind ganz geschlossen. Weiterhin wirkt die ungeheure Warentwertung katastrophal. Die Preise werden täglich erhöht, manchmal sogar mehrfach am selben Tage, und sind unerschwinglich. Alle Waren werden rationiert, und die vielfach verarmten Käufer müssen wieder in Reihen anstehen. Die Märkte sind sehr schlecht besetzt, und die vorhandene Ware kann wegen der nominal hohen Forderungen von den Käufern nicht bezahlet werden. Männer und Frauen ziehen in Scharen durch die Straßen und suchen in den Läden das zum Leben Notwendige zu erschaffen.

Dieser sachlichen Darstellung schließt sich ein Absatz an, der sich mit den Erwerbslosen beschäftigt. Er lautet:

Die Erwerbslosen, die zum Teil durch die Maßnahmen der Franzosen ihre Arbeitsgelegenheit verloren haben, stellen immer höhere Forderungen. So verlangt der Essener Arbeitslosenrat vierstündige Arbeitszeit bei Achtstunden-Bezahlung für Rotstandsarbeiter, außerdem pro Kopf der Erwerbslosen 10 Meter Hemdentuch, 3 Meter Anzugstoff, billige Schuhe, Stundung der Gasrechnung, Einstellung der Wirtsrechnungen und Befreiung der Kohlen, Speck, Schmalz und Kartoffeln. An perfektionierten Drohungen im Falle der Nichtbewilligung fehlt es nicht.

Aus dem ersten Teil der Meldung geht hervor, daß die Versorgung im Ruhrgebiet an einem äußerst kritischen Punkt angelangt ist. Das macht den Ruf der unter der Rot am meisten leidenden Arbeitslosen nach Stundungen und Naturallohn erklärlich. Es sollte nichts unterlassen werden, um Abhilfe zu schaffen, bevor die Verzweiflung sich in sinnlosen Explosionen Luft schafft. Die Ereignisse in Oberhausen zeigen, wie gefährlich die Lage ist.

Anruhen in Oberhausen.

Oberhausen, 1. August. (W.F.B.) Am 1. August früh wurde bekannt, daß ein Teil der Arbeiterschaft der „Guten Hoffnungshütte“ sich auf der Essener Straße versammelte und die Absicht habe, eine Demonstration nach dem Innern der Stadt zu unternehmen. Versuche der Gewerkschaften, die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, schlugen fehl. Etwa 5000 bis 6000 Arbeiter versammelten sich auf der Essener Straße, um zu demonstrieren. Ein Polizeiaufgebot wurde nach der Mühlheimer Straße geschickt. Der Aufforderung des leitenden Polizeibeamten, zurückzugehen, leistete die Menge keine Folge. Das Polizeiaufgebot wurde mit Steinen beworfen. Nachdem die dreimalige Aufforderung zum Auseinandergehen ergebnislos war, mußte von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Es wurden einige Schreckschüsse und als diese ergebnislos blieben, eine Anzahl scharfer Schüsse abgegeben. Die Menge zog sich daraufhin zurück; sie nahm jedoch 50 m von dem Polizeiaufgebot entfernt wieder Aufstellung. Soweit bisher bekannt ist, ist ein Toter und 5 Verwundete zu verzeichnen. Eine Deputation der Demonstranten sprach nach dem Zusammenstoß beim Polizeipräsidenten vor und bat um die Freigabe der Demonstration. Es wurde ihr erklärt, daß die jetzige Lage und die bestehenden Bestimmungen eine solche Erlaubnis nicht zulassen. Die Mitglieder der Deputation wurden dringend ermahnt, beruhigend auf die Menge einzuwirken und sie zum Auseinandergehen zu bewegen. Diesem Ersuchen wurde dann auch Folge geleistet, worauf der Demonstrationszug sich auflöste. Die Lage ist zur Stunde ruhig. Wie nachträglich bekannt wird, ist ein weiterer Schwerverletzter inzwischen gestorben. Außerdem sind noch drei weitere Personen als verletzt eingetiefert worden.

Der Kampf um die Kohle.

Essen, 2. August. (W.F.B.) Unter der Überschrift „Verschwinden der Kohlenbänke“ schreibt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

Aushalten und nicht verzweifeln.

Von Hans Wesemann.

In diesem Lokale braten tatsächlich ganze Schweine am Spieß, auf Rosten bruzeln Hunderte von Würsten, rosige Schinken und pralle Sülzen baumeln an der Decke, und die ebenso rosige und glänzende Wamsell hinter dem Büfett schwingt ihren Dreißack zum Heißwurstspießchen, wie Hitler seinen Marschallstab.

Die Kellner laufen, bergehohle Westen tragend. An kleinen Tischen sitzen die Gäste, hochgehöhrt, Gemehr in der Hand, bereit zum Gefecht. Motto: Laßt wohlbeleibte Männer um sich sein! Und je nach Stimmung und Auswahl der Gerichte intoniert die Kapelle: Einen eingemachten Schweinestopf empfängt sie mit dem Fridericus, während Blutwürste mit Kartoffelsalat unter den Klängen des Chopin'schen Trauermarsches in die unendlichen Schünbe hinabgleiten. Hinterher fließt das Bier. Schmahend und behaglich schmausend sitzt das liebe, gute, deutsche Speisepublikum und eine fettdunstende Atmosphäre von Sättigkeit und aufatmender Trägheit lullt wohliger alles Denken an unangenehme Dinge da draußen ein. An der Decke hängt ein Hauschüssel in trautem Verein mit einem ausgefloppten Krotobü, und damit auch das nationale Empfinden auf seine Kosten kommt, prangt in giftiger Farbe, gleich neben der bewußten Tür 00: „An Franzosen und Belgier wird nichts verabsagt.“ Wehe, wenn solch ein Erbfeind hier erschienen, man würde ihn sachgemäß zu Klappfleisch verarbeiten und den Weg allen Feisches gehen lassen!

So aber geht nur ein alter, verschämter Mann mit den Augen eines geprägten Hundes von Fisch zu Fisch, aber er stört die heilige Verdauung durch seinen ärgerniszerregenden Anblick. Die deutsche Männerbrust murrte, schon eilt der Geschäftsführer herbei und führt ihn hinaus zu seinen lumpigen Landleuten, die ihre schmutzigen Nasen an der Scheibe plättbrücken und durch ihren empörend abgemagerten Körper und gierigen Ausdruck den braunen Beuten da drinnen das Essen vereiteln.

Aber nicht lange, denn schon schweben neue Galerien von Bratwürsten heran, die Musik spielt einen Marsch — guten Appetit!

„Madame Butterfly“ in der Volksbühne. Die „Tragödie einer Japanerin“ Puccinis, „Madame Butterfly“, nahm gestern einen etwas unglücklichen Anfang. Vor Beginn der Vorstellung teilte ein Mitglied des Vorstandes mit, daß Fräulein Violetta Schadow, die Vertreterin der Titelpartie, infolge eines schweren Automobilunglücks im Tiergarten am Auftreten verhindert sei. Das zufällig im Hause anwesende Fräulein von Woy würde ohne Probe einspringen. Das Experiment glückte ausgezeichnet. In der ganzen wohl vorbereiteten Vorstellung gab es nicht nur keinen Riß, sondern Fräulein v. Woy wußte von Anfang an das Hauptinteresse auf sich zu konzentrieren. Am Trippein und äußerlichen Charakterisieren ist

Da die Lagerbestände an Koks aus dem Ruhrgebiet fast ganz abtransportiert sind, vermehren die französischen Besatzungsgruppen ihre Anstrengungen, um den für ihre Hüttenindustrie unentbehrlichen Brennstoff zu erhalten. Schon seit einiger Zeit griff die Besatzung auf die Lagerbestände der Eisenwerke an der Ruhr zurück. In den letzten Tagen versuchte man die Besatzungskosten einzelner Zechen zur Aufnahme des Kokereibetriebes zu zwingen, indem man ihnen im Weigerungsfalle den Zutritt zu sämtlichen Anlagen der Zechen unmöglich machte und so die Zechen überhaupt stilllegte. Dieses Vorgehen erbeutete vor längerer Zeit auf den staatlichen Gruben mit einem glatten Mißerfolg infolge des einmütigen Widerstandes der Beamten und Arbeiter. Auch der auf den privaten Zechen unternommene neue Versuch, die Kokserzeugung für die Besatzungsmächte in Gang zu bringen, scheiterte an der Weigerung der Besatzungskosten, für sie zu arbeiten. Im Essener Bezirk sind aus diesem Anlaß die Zechen „Gulian“ und „Heinrich“, im Bochumer Bezirk die Zechen „Prinz von Preußen“, „Amalie“ und „Philipp Gustav“ sowie „Dortfeld II/III“ bei Dortmund außer Betrieb. Der Brennstoffbedarf nach Frankreich und Belgien aus dem Ruhrgebiet hat im Juli gegenüber dem Monat Juni eine beträchtliche Abnahme erfahren, und man rechnet damit, daß der Koksbedarf gegen Ende dieses Monats ganz aufhören wird.

Auch ein „Erfolg“ der Ruhrbesetzung.

Brüssel, 2. August. (Eca.) Der Senat hat gestern nachmittag mit 82 gegen 32 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen den Gesetzentwurf über das Militärdienstgesetz angenommen. Der Gesetzentwurf sieht die Dauer des aktiven Militärdienstes auf 12 Monate für die Infanterie, die schwere Artillerie und die Pioniergruppen fest, während für die Kavallerie und die leichte Artillerie eine aktive Dienstzeit von 13 Monaten festgesetzt ist. Solange Zwangsmassnahmen gegen Deutschland auf der rechten Rheinseite angewendet werden, soll die Dienstzeit um zwei Monate für alle Kategorien ohne Unterschied verlängert werden.

Die übliche Lüge.

In der „Deutschen Tageszeitung“ finden wir folgende Notiz:

Die Belohnung. Wie wir hören, ist dem Frankfurter Polizeipräsidenten Ehrler, der für den mangelhaften Sicherheitsdienst anlässlich der kürzlichen Demonstration, bei der Staatsanwalt Haas ermordet wurde, verantwortlich gemacht wird, ein Posten in Berlin angeboten worden. Als Nachfolger Ehrlers sollen zwei der sozialdemokratischen Partei angehörende Landräte, die augenblicklich bei der hiesigen Regierung beschäftigt sind, in Aussicht genommen worden sein.

Woher die „Deutsche Tageszeitung“ diese Weisheit schöpft, wissen wir nicht. Jedenfalls ist die Quelle eine recht trübe, denn an der Nachricht ist kein Wort wahr. Soweit wir unterrichtet sind, ist mit der Untersuchung der Vorfälle in Frankfurt a. M. eine besondere Kommission beauftragt worden, zu deren Obliegenheiten es auch gehört, zu untersuchen, ob bei der Ermordung des Staatsanwalts Haas Versäumnisse des Polizeipräsidenten in Frankfurt vorliegen. Diese Untersuchungen festzustellen wäre auch für die „Deutsche Tageszeitung“ ein Leichtes gewesen. Sollte den Herren, die seinerzeit mit der Klittierpribe so reich bei der Hand waren, die deutschnational-rassistisch-kommunistische Einheitsfront während des Antifaschistenkampfes so gut gefallen haben, daß sie die Methoden der „Roten Fahne“ auch künftig zu ihrem eigenen zu machen gedenken? Alsdann: Gut Glück auf den Weg zur „Ehrenrettung“ Deutschlands!

Deutschnationale gegen Antisemitismus.

Dem Hamburger „8-Uhr-Abendblatt“ vom Dienstag entnehmen wir folgendes Inserat:

Wer schließt sich einer deutschnationalen Organisation gegen den Antisemitismus an? Zuschr. unter R. 606 an die Exp. d. W. Da kann man nur sagen: Ich verstehe die Welt nicht mehr.“ Die deutschnationalen werfen sich gegenseitig Verjudung vor und laufen zum Kadi, um das Maß der Verjudung unterzuchen zu lassen; die Deutschnationalen gründen einen Verein zur Abwehr des Antisemitismus... wirklich sonderbar, höchst sonderbar!

Ihr vielleicht eine oder andere Kollegin näher, im Aufbau der erschütternden Tragödie wie auch im Gesanglich-Musikalischen steht sie oben. Der Stempel der Naturwahrheit war ihrer Leistung im höchsten Sinne aufgedrückt. Ihre Partnerin Paula Ferry, die eine sehr schöne Altstimme besitzt, unterstützte sie aufs trefflichste als Solist. Hans Heinz Ballmann war ganz der hochste Intonator und geborene Herzensbrecher, der diese angenehme Unterhaltung mit feinstem Geschmaack betreibt. Sein strahlender Tenor weiß auch die banalsten Stellen zu vergolden, die in diesem wirklichen Meisterwerk gerade seiner Partie zugestimmt sind. Arthur Fleischer, sein junger Genosse, der ausgezeichnete, als Kammerbegabe Edgar Vigner-Badian und die anderen Darsteller vereinigen sich zu einem Ensemble, das der Regie Ferdinand Strassmanns und der musikalischen Leitung Johannes Heidenreichs alle Ehre machte. Was für Wunder diese von unkeren „höheren Gemalshubern“ so oft unterschätzte Partitur wirkt, zeigte Heidenreich mit seinem Philharmonischen Orchester. Die Ausstattung von Robert Sachs hielt sich glücklicherweise von den alten Liebertriebenheiten und der neuen Stilwollen, dünnen Sandmüste gleich weit entfernt, so daß die echt japanische „Kirschblütenstimmung“ erzielt wurde. Das Ganze war eine Lot, auf die die Sommerdirektion der Volksbühne stolz sein kann. Heinrich Maurer.

Margarine und Butter. Die Zeiten, wo mancher Hausfrau schon bei dem Wort „Margarine“ ein Kälteschauer über die Haut rieselte, sind längst vorbei, und heute sind viele froh, wenn sie nur Margarine bekommen können, deren Preis mit dem steigenden Dollar in schwindelnde Höhe schnellt. Aber wenige von denen, die ihre tägliche Margarine aufs tägliche Brot schmieren, wissen, was Margarine ist. Eine knappe Erklärung bietet Geh. Rat Zudenast in seinem bei Springer erschienenen Buche „Was haben wir bei unserer Ernährung im Haushalt zu beachten?“ und er gibt auch darüber Auskunft, wie sich der Nährwert der Margarine zu dem der Butter verhält. Früher wurde Margarine so hergestellt, daß man geschmolzenen und gefärbten Mandertalg bei etwa 23 bis 25 Grad stehen ließ, wobei sich der Talg in einen flüssigen und einen kristallinen Teil schied. Wurde dann der kristalline Teil durch Abpressen befreit, so erhielt man eine bei niedrigen Temperaturen — wie das Butterfett schon im Winter — schmelzende Masse, das sog. Oleomargarin. Aus diesem hochwertigen vitaminhaltigen Fett läßt sich unter Erwärmen mit Milch eine cremeartige flüssige Emulsion herstellen, die mit Hilfe von kochtem Wasser zum Erstarren gebracht wurde. Später sind dann an Stelle des Oleomargarin verschiedene andere Speisefette getreten, hauptsächlich pflanzlicher Natur, wie das Kokosnussfett aus dem getrockneten Fleisch der Frucht der Kokospalme, das Palmkernfett aus den Fruchtkernen der Delpalme, dann gefärbte Oese und Trane und schließlich Gemische aus Rindertalg oder Breifetfett usw. Bei dieser unserer jetzt gebräuchlichen Margarine hat der Vitaminegehalt keine Bedeutung mehr, und deshalb steht die Margarine an Nährwert hinter der Butter zurück, die diese Leisungen für den Aufbau des Körpers wichtigen Stoffe enthält. Somit aber handelt es sich bei der Margarine wie bei der Butter um eine erspartete, unter Zuhilfenahme von Milch gewonnene Fettmischung, die nur an Stelle von Milchfett Speisefett anderer Art enthält. Die gute Margarine soll in gefälschtem Zustande nicht mehr als 18 Pro-

Deutschlands Finanzpolitik.

Eine Kritik Robert Hornes.

London, 2. August. (Eca.) Im Laufe der Debatte, die gestern im Unterhause über die Arbeitslosenfrage stattfand, kritisierte der frühere englische Schatzminister im Kabinett Lloyd Georges, Sir Robert Horne, die deutsche Finanzpolitik, die seiner Meinung nach zum großen Teil an der augenblicklichen ungünstigen Lage des englischen Handels schuld sei. Er erklärte, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand als Schmaroher der Alliierten gelebt und eine Politik des Ausweichens bezüglich seiner Schulden verfolgt habe. Deutschland, das keine äußeren Schulden habe, habe sich auch von seinen inneren Schulden zu befreien gewußt. Wenn man jetzt die Reparationen auslöschen würde, könnte Deutschland wieder in einer stärkeren Position als vor dem Kriege auf dem Weltmarkt erscheinen. England habe 7 Milliarden Pfund Sterling Schulden, während Deutschland keine habe. Horne stellte dann die Frage: Wie könnte England wohl mit einem Pande kämpfen, das von allen seinen internationalen und inneren Verpflichtungen befreit ist? Er meinte, es wäre unflug, dem Deutschen Reich ein allzulanges Moratorium zu gewähren. Ein Moratorium von vier Jahren, das man ihm angeboten habe, sei seiner Meinung nach bereits übertrieben. Man dürfe nicht vergessen, daß man Deutschland einen Aufschub nur zum Nachteil des englischen Handels gewähre.

Diese Kritik aus dem Munde eines Staatsmannes, der wiederholt Beweise von Sachlichkeit gegenüber Deutschland geliefert hat, ist nur zum Teil ungerichtet. Tatsächlich hat die deutsche Finanzpolitik, insbesondere auf fiskalischem Gebiete, so wie sie von der bürgerlichen Reichstagsmehrheit unter Führung von Helfferich erzwungen wurde, das Befremden der ganzen Welt erregt, einschlechtig der sachlich denkenden Elemente des Auslandes. Auch die internationalen Sozialisten machen gegenüber ihren deutschen Genossen kein Hehl daraus, daß dies der schwächste Punkt der deutschen Politik sei, und daß es ihnen besonders schwer sei, angesichts des schrecklichen Steuerrechts in Deutschland den Angriffen der deutschfeindlichen bürgerlichen Elemente wirksam entgegenzutreten.

Allerdings scheint uns die Kritik Sir Robert Hornes viel zu weit zu gehen. Sie wird von unrichtigen Prämissen begleitet und führt zu falschen Schlussfolgerungen. Denn gerade jene Politik der Alliierten — einschließlich Englands, die im Londoner Zahlungsplan gipfelte, hat durch ihre Sinnlosigkeit der Steuerlasten des deutschen Bürgertums Vorschub geleistet, indem sie den einzigen Anreiz zu einer wahrhaften finanziellen Opferbereitschaft in Deutschland erstirbt, nämlich das sichtbare Ziel der Befreiung der besetzten Gebiete. Und außerdem hat dieses Zahlungsulimatimum bewirkt, daß Deutschland, wenn es überhaupt versuchen wollte, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, dies nur durch den Ueberhauf einer forcierten, billigen Einfuhr erreichen konnte. Damit wurde es allerdings zum „Schmaroher der Welt“ und hat den verstarbten Ländern eine Konkurrenz gemacht, die sich dort in Arbeitslosigkeit auswirkte. Das wissen insbesondere die englischen Sozialisten, und auch Sir Robert Horne hat es inzwischen begriffen, nur ist ihm dieses Geständnis peinlich, wie die ganze Regierung Lloyd Georges alle Dummeheiten der Jahre 1919 und 1920 mitgemacht oder gebildet und erst zu spät als solche erkannt hat.

Daß Deutschland keine äußeren Schulden hat, weil es während des Krieges auf sich selbst angewiesen war, und noch für seine schwächeren Bundesgenossen sorgen mußte, ist nicht seine Schuld. Dafür hat es aber Milliardenwerte an Auslands-guthaben, Schiffen, Teilen des Reichsgebietes, Kolonien usw. durch den Friedensvertrag eingebüßt. Und daß seine inneren Schulden mit der Entwertung der Mark automatisch zusammenschmolzen, ist ohne weiteres zuzugeben; ihm aber einen Vorwurf daraus zu machen, wäre damit gleichbedeutend, ihm nachzusagen, es habe absichtlich seine Währung zugrunde gerichtet. Das ist allerdings die These Poincarés, aber gerade Sir Robert Horne ist es gewesen, der als Minister und auch später dieser französischen Behauptung wiederholt energisch entgegengetreten ist.

Das Reichsarbeitsministerium hat den Höchstlohn des Grundlohns in der Krankenerziehung mit Wirkung vom 6. August ab auf 240 000 M. festgesetzt.

zenti und in ungeschältem nicht mehr als 18 Prozent Wasser enthalten und mindestens 80 Prozent Fett haben; sie steht darin mit der Butter auf einer Stufe. Butter und Margarine stehen also an Nährwert hinter dem Schweineschmalz zurück, das fast 100 Prozent Fett aufweist. Butterschmalz und Schmelzmargarine bestehen allerdings auch zu fast 100 Prozent aus Fett.

Zeitgemäße Theaterpreise. Das Schauspieltheater unterrichtet seine Besucher durch Anschlag über folgende Neuierung in der Preispolitik: „Infolge der wachsenden Teuerung sieht sich die Direktion gezwungen, die Eintrittspreise dahin zu ändern, daß der teuerste Platz einem Pfund Butter, der billigste zwei Eiern entspricht.“ Diese Preisparabeln sind sehr lehrreich. Sie zeigen, wie sehr die Theater bei jeder Geldentwertungsspitze unter Abwanderung der Besucher zu leiden haben, da man in Substitutionsstreben leicht glaubt, der neue Preis sei phantastisch hoch. Sie lassen aber auch erkennen, wie bescheiden die Theaterpreise trotz aller Nullen und Tausender geworden sind; denn vordem kostete auch im kleinsten Theater der teuerste Platz weit mehr als ein Pfund Butter, und für den Preis von zwei Eiern konnte man allenfalls Programm und Garberbe bezahlen, für den billigsten Platz rechtlich os selbst in der Schmirere nicht.

Der Kampf um den Hazem. Wiederholt schon hat sich die türkische Nationalversammlung mit Anträgen beschäftigt müssen, die auf die Einführung der obligatorischen Doppelhehe abzielen. Solih Hadja, der der Wortführer der Bewegung ist, zählt zu seinen Anhängern alle diejenigen, die das Verschwinden des Hazems in der Türkei beklagen. Schon fünfmal hat er seinen Gesuchantrag bei der Nationalversammlung eingebracht, die ihn aber regelmäßig abgelehnt hat. Um für den Antrag außerhalb des Parlaments Freunde zu werben und einflußreiche Persönlichkeiten dafür zu gewinnen, hat man jetzt eine umfangreiche Propagandaarbeit ins Werk gesetzt. Gegnerinnen dieses Gesetzes sind vor allem auch die Gattinnen der angesehenen Soldaten, die ihren Männern streng verboten haben, diesen Solih Hadja zu empfangen. Die Regierung ihrerseits hat zur Bekämpfung dieses Antrages eine Statistik veröffentlicht, die eine Bevölkerung von 5 473 000 Männern und 6 171 000 Frauen für die Türkei ausweist, eine Feststellung, die erweisen soll, daß ein Gesetz zur Einführung der obligatorischen Doppelhehe durch soziale Gründe nicht gestützt zu werden vermag.

Schachmeister S. Napiin ist, wie erst nach längerer Zeit bekannt wird, in München, 67 Jahre alt, gestorben. Der russische Meister hat sich besonders als Schachkomponist hervorgetan. In dem Vierzehnten war er Jahre hindurch verbunden, durch die Redaktion unserer Schachballe Napiin, ein wahrhaft erhabener und philosophischer Mensch, hat die Arbeiterbewegung nach Kräften gefördert.

Zum Rektor der Berliner Universität für das neue Studienjahr wurde Professor Gustav Rothke, die bekannte Professorin des Nationalismus, gewählt.

„Schule der Weisheit“ in Darmstadt. Die nächste Tagung der Weisheit für Freie Philosophie findet in Darmstadt vom 16. bis 22. September statt. Ihr Grundthema ist das gegenseitige Verhältnis von Wissenschaft und Lebensgestaltung.

Bleibt England fest?

London, 2. August. (WZB.) „Daily Telegraph“ schreibt in einem Leitartikel, der Gedanke, daß England, nachdem Frankreich den englischen Antwortentwurf rundweg verworfen habe, die Haltung unparteiischer Passivität einnehmen solle, sei gar nicht zu rechtfertigen. Gewisse Kollegen des Premierministers im Kabinett hielten früher, wie es heißt, eine solche Politik für günstig. Es möge gesagt werden, daß eine solche Haltung unvereinbar sei mit der Würde der britischen Regierung und mit dem Anteil Großbritanniens an dem alliierten Sieg, und daß sie ferner wichtigen englischen Interessen zuwiderlaufe.

Französische Angst vor einem englischen Blaubuch.

Paris, 2. August. (WZB.) Der „Temps“ schreibt in seinem Leitartikel im Hinblick auf eine etwaige Veröffentlichung des englisch-französischen Notenwechsels über die Reparationsfrage, es sei zu fragen, ob die öffentliche Meinung in Amerika und in den übrigen Staaten der Welt nicht auch hinter die Motive dieser Reklamation kommen würde. Eine Veröffentlichung wäre in Ordnung, nicht, weil Frankreich Angst vor ihr habe; aber würde nicht dieser Schritt zur Folge oder mindestens zum Zweck haben, das Vorhandensein einer radikalen Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England zu beweisen? Lord Curzon habe während der Krankheit Bonar Law zwischen Frankreich und Deutschland zu intervenieren versucht. Auf diesem neuen Wege sei die englische Regierung mit der französisch-belgischen Politik zusammengefallen; aber die von Poincaré wiederholten beiden Grundsätze der Ruhrpolitik — kein deutsches Angebot in Erwägung zu ziehen, solange der passive Widerstand dauere und Räumung nur nach Maßgabe und im Verhältnis der deutschen Zahlungen — hätten eine Verhandlung nicht unmöglich gemacht und eine Verständigung nicht verzögert. (?) Die englische Regierung brauche sich, da Frankreich und Belgien die Räumung des Ruhrgebietes von den Zahlungen abhängig machten, nur nach Brüssel und Paris zu wenden und die Frage zu stellen, was man unter Zahlungen zu verstehen habe. Die Verhandlungen hätten dazu geführt, daß die Kommission die Ausgabe zuverlässig garantierter deutscher Wertpapiere erörtert habe, die auf den Hauptmärkten der Welt gehandelt würden und im Augenblick auf diese Weise ein sicheres, meßbares und flüssig zu machendes Kapital darstellten, das als gültiges Zahlungsmittel angesehen werden würde.

Aber, fährt der „Temps“ fort, die englische Regierung hat sich gehütet, die Debatte in der Richtung auf diesen Ausweg fortzusetzen. Baldwin, der versprochen habe, Amerika in bar und Dollars zu zahlen, wolle natürlich Bargeld, nämlich Gold haben. Da er keine Hoffnung mehr habe, diese Masse von Bargeld von Deutschland zu erlangen, vermeide er es, auf seine Forderungen an Frankreich und Italien zu verzichten. Damit werde auch die Herabsetzung der deutschen Schuld unmöglich. Lord Curzon habe seinerzeit die Reparationsfrage in einen bevorstehenden Zweiteinsatz zwischen Frankreich und England umgewandelt. Die Hegepolitik Englands in Europa veranlasse es, hartnäckig Frankreich, Belgien und selbst der Kleinen Entente entgegenzuarbeiten. Das würde, wenn das englische Kabinett jetzt beschließt, Frankreich den Rücken zu kehren und dann separat mit Deutschland zu verhandeln, die Ursache zum Bruch der Entente cordiale werden. Ist es Frankreich, fragt der „Temps“, dem dieser unglückliche Zufall am meisten hinderlich wäre?

Nach dem „Intransigent“ soll in diplomatischen Kreisen in Paris heute vorläufig erklärt worden sein, wenn die englische Regierung ein Blaubuch über den alliierten Notenwechsel veröffentlichen würde, so würde die französische Regierung ihrerseits ein Gelbbuch veröffentlichen.

London, 2. August. (WZB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ teilt mit, Frankreich sei erucht worden, keine Zustimmung zu geben, daß der in der Reparationsfrage bisher gepflogene Notenwechsel veröffentlicht wird.

Australien mit Baldwin solidarisch.

London, 2. August. (WZB.) Reuter meldet aus Melbourne, der auswärtige Minister Bruce betonte in seiner Rede im Repräsentantenhaus die Notwendigkeit der Teilnahme Australiens an den auswärtigen Angelegenheiten des britischen Reiches und legte hierbei über die jetzige Krise, er sei dagegen, daß Frankreich im Ruhrgebiet ein neues Elsch-Verbrüngen schaffe. Australien sei aber in dieser Frage durch die Politik Großbritanniens gebunden.

Eine interessante Statistik.

London, 1. August. (WZB.) Das Kriegsamt teilt mit, daß die militärischen Ausgaben der Großmächte im Jahre 1913 und 1922 folgende Beträge aufwiesen: England 27,7 Millionen Pfund Sterling bzw. 60,8 Millionen, Frankreich 1,110 Milliarden Franc bzw. 3,593 Milliarden, Deutschland 60 Millionen Pfund Sterling bzw. 2,368 Millionen, Amerika 220 Millionen Dollar bzw. 360 Millionen, Rußland 647 Millionen Goldrubel bzw. 556 Millionen (in den ersten 9 Monaten des Jahres 1922).

Herriot tritt für Begnadigungen ein.

Paris, 2. August. (WZB.) Der Abgeordnete Herriot hat an Poincaré einen Brief gerichtet, worin er um die Begnadigung der letzten an der Ruhr wegen Sabotage verurteilten Deutschen ersucht. Herriot hatte seinerseits ein dahingehendes Ersuchen des Düsseldorf Reichstagsabgeordneten Erkelens erhalten.

Ein Professor als Volksvergifter.

Der Nachfolger Hoeckels in Jena, Professor Plate, dessen Vorkursen seinem Lehrer Hoeckel gegenüber Gegenstand eines öffentlichen Standards war, stellte sich am 17. und 18. Juli bei seinen Vorlesungen nach einer stenographischen Niederschrift, die wir der „Volkszeitung“ entnehmen, u. a. folgende Behauptungen:

„Die linksgerichteten Parteien verlangen die Abschaffung der Todesstrafe, nur die, die rechts stehen, können abgemurkelt werden.“

„Sehen Sie sich die Sozialdemokratie an, die uns das Elend der Revolution gebracht hat; sie ist eine jüdische Erfindung. Marx und Lassalle waren Juden. Die Sozialdemokratie ist die erste Ursache unseres Unglücks!“

„Als gute Deutsche können wir nur Antisemiten sein. Die Juden sind die Träger der sexuellen Unmoral. Stünde wie der „Keigen“ kommen von Juden, die dahinter stehen, um Geld zu verdienen. Ich möchte sagen, daß ich Judenverfälschung nicht billige. Die Juden können sich aber über Pogrome nicht wundern, denn die rohe Masse des Volkes steht immer auf einer tieferen Stufe als die Gebildeten.“

Wir gratulieren dem Freisinnigen Thüringen zu diesem Jugenderzieher, der seinen Lehrestuhl dazu mißbraucht, durch Lüge und Verleumdungen eine Stimmung zu verbreiten, die den Rathenau-Mördern die Pistole in die Hand gedrückt hat.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Bäume, zunächst heißer, bei leichtem südlichen Winden. Später wieder zunehmende Bewölkung, etwas Regen und Gewitterregung.

Reppdiktatur.

Man schreibt uns: Wer vorgestern in einem der Hotel-Betriebsgesellschaft gehörenden Café am Potsdamer Platz eine Weile verpuften und seinen begehrenden Ansprüchen Genüge tun wollte, konnte sein blaues Wunder erleben.

Eine Flasche Brunnen glaubt man sich, auch wenn man wenig bei Kassa ist, noch leisten zu können. War man aber das und bestellte man sich eine Flasche Wasser, so erfuhr man, daß man dafür sage und schreibe 30 000 (dreißigtausend) M. ohne die Procente abgeklopft bekommt. Das war vor drei Tagen! In demselben Café kostete ein kleiner Kognak am Tage vorher 7000, am nächsten Tage 20 000 M.

Bedenkt man, daß am gleichen Tage ein Kaffee dort 18 000 M. kostete und eine Flasche Wasser das Doppelte, so muß man unwillkürlich sich vorstellen, wie sich jemand vornehmen mochte, der, um den teuren Kaffee zu umgehen, sich dort ein Wasser bestellt hatte. In größerer Berrücktheit und Widersinnigkeit kann sich die Reppdiktatur nicht mehr gut verfeigen. Die Ruhe des Publikums ist ein bedenkliches Symptom für die allgemeine Berrücktheit. Man ist, man trinkt, man bledt! Nach diesem lassen sich auch die reichlichen Dividenden und der hohe Aktienstand der Hotelbetriebsgesellschaft erklären. Wir hoffen, daß die Steuerbehörde diese geschäftstüchtigen Herrschaften in dem gleichen Maße rupft, wie sie braut und redlich ihre Kunden rupfen. Die Direktion der Hotelbetriebsgesellschaft soll sich überlegen, was sie tut, wenn sie vom grünen Tisch in der Nähe des feudalen Zentralhotels diktatorisch für ein solches Café Preise festsetzt, die wohl in ein Luxushotel, nicht aber dorthin passen. Man kann den Bogen leicht überspannen. Und die weitläufige Zahl der Berliner sind keine Dollarfänger, die der Herr zum Repp geschossen zu haben scheint.

Es muß doch aber trotzdem genügend Leute geben, denen diese Preise nicht zu hoch sind und die vielleicht sogar noch etwas darauf geben, in einem solchen teuren Kaffee sitzen zu können. Proletarier sind es gewiß nicht. Sie haben heute an ganz andere Dinge zu denken. Ihre Einkommen reichten kaum, um den Hunger zu stillen, und sie werden gewiß kein Mittel mit den hier Geknepten haben. Abgesehen davon aber, sind die geschäftlichen Zustände ein Symptom unserer Zeit, und daher mögen sie mitgeteilt werden.

Der König der Bootshausdiebe.

Er stahl, was ihm in die Hände fiel.

Der erst 19jährige, stellunglose und wohnungslose Kaufmann Walter Overbeck, ein unscheinbares, schwächliches Kerlchen, hat sich die Ausraubung von Bootshäusern großer Reize zu Spezialität gemacht. Er bereiste zahlreiche deutsche Großstädte und brach hier in Bootshäusern ein oder suchte eine Gelegenheit, sich einzuführen und dann zu stehlen, was ihm in die Hände fiel. Der Umfang der Diebereien läßt sich noch gar nicht übersehen.

Nach Raubzügen in Hamburg und Frankfurt a. M. kam er nach Berlin. Gleich am Tage seiner Ankunft, am 27. Juli, begab er sich nach dem Wannensee und erbeutete beim „Ruderkas am Wannensee“ nur einige Kleinigkeiten, machte aber gleich darauf beim „Berliner Ruderkas am Wannensee“ reiche Beute. Hier stahl er sieben englische Pfundnoten, 165 belgische Franknoten, 50 tschechische Kronen, zusammen also etwa 50—60 Millionen Papiermark, ferner 90 000 M. deutsches Geld, zwei Pässe, eine Brieftasche, eine silberne Uhr und einen grauen Regenmantel. Am 30. Juli tauchte Overbeck in Grünau beim Klub „Sport-Borussia“ auf, wo ihm aber durch die Wachsamkeit der Ruderer nur die Entwendung einer weißen Halsegärte, die er abends auf dem Alexanderplatz in Berlin an einen Schneider für 400 000 M. verkauft haben will. Den nächsten Tag benutzte er zum Besuch des Bootshauses des „Ruderkas von 1876“ im Treptower Blüthenweg. Er fragte, um Zutritt zu erhalten, nach einem hier unbekanntem Rudermittelsied hoffmann, erregte Verdacht und wurde festgenommen. Vor der Treptower Kriminalpolizei hat Overbeck nur zum Teil seine Beutezüge eingestanden. Die Namen der auswärtigen Bootshäuser will er nicht mehr kennen. Die Details aus dem Bootshaus am Wannensee sind ihm angeblich von einem Mädchen wieder gestohlen worden. Vermutlich hat er aber irgendwo ein geheimes Depot.

Die täglichen Raubüberfälle.

In der vergangenen Nacht wurde der 43 Jahre alte Versicherungsbeamte Franz Krüger aus der Kleinen Andreasstraße 6 an der Ecke dieser und der Krausstraße überfallen und schwer mißhandelt. Ein Mann fiel hier plötzlich über ihn her, schlug auf ihn ein und versetzte ihm auch einen Stich in den Hinterkopf. Sein Verlust, ihm die Uhrkette mit der Uhr zu entreißen, mißlang jedoch, weil der Ueberfallene sich zur Wehr setzte und um Hilfe rief. Mehrere andere Männer, die hierauf herbeikamen, verfolgten den Räuber, der jetzt die Flucht ergriß, holten ihn auf dem Alexanderplatz ein und nahmen ihn fest. Die Kriminalpolizei stellte den Ertrippten als einen 33 Jahre alten Russen Georg Holzhausen aus der Wallner-Theater-Straße fest und übergab ihn der Kriminalpolizei. — Am 9. Uhr abends wurde das Ueberfallkommando der Schutzpolizei in Charlottenburg nach dem Bahnhof Jungfernheide gerufen. Dort fielen zwei unbekannte Männer über den Monteur Gerhard Fritsch aus der Wilhelmshavener Straße her, um ihn zu berauben. Sie ließen jedoch, als er um Hilfe rief, bald von ihm ab und waren bereits verschwunden, als das Kommando hereinbrach. Die Nachforschungen blieben erfolglos.

Der Bismarckbündler.

Vor einiger Zeit machte die Verklammerung des Theodor-Körner-Denkmal im Viktoriapark am Kreuzberg großes Aufsehen, da man annahm, daß es sich um eine aus politischen Gründen verübte böswillige Freiwildhandlung handelte. Als Täter wurde der fünfzehnjährige Gymnasialschüler Arno F. ermittelt, der sich nunmehr vor dem Jugendgericht des Amtsgerichts Berlin-Tempelhof wegen qualifizierter Sachbeschädigung zu verantworten hatte. Ein großer Widerspruch ergab sich zwischen der Befundung des Berechtigten über die „schwärmerische Verehrung“ des Angeklagten für Theodor Körner und der Antwort des Angeklagten auf einige prinzipielle Fragen des Vorsitzenden, eine Antwort, die der geistigen Verfassung des ewigen Quertoners Karlchen Wiesniet entsprach.

R. A. Dr. Th. Ahrens trat den Beweis dafür an, daß unter seinen Umständen eine vorsätzliche Sachbeschädigung vorliegen könne; der Angeklagte sei Mitglied des Bismarck-Bundes und würde sich in tiefer Seele schämen, gerade das Denkmal her von ihm schwärmerisch verehrt zu werden. Der Angeklagte schilderte den Vorgang so, daß es sich um eine Prügelei zwischen jungen Leuten verschiedener politischer Einstellungen gehandelt habe. Im Laufe des Handgemenges sei er gegen das Denkmal gestoßen worden und habe sich an den Degen des Theodor-Körner-Denkmal angeklammert. Unter der Wucht des Anpralles sei der Degen abgebrochen. Als er das Stück in der Hand hielt, sei er wie vom Donner gerührt gewesen, habe es auf die Erde gelegt und mit den anderen jungen Burschen Reihens genommen. Auf Grund dieser Bemeinung beantragte R. A. Dr. Ahrens die Freisprechung des Angeklagten, da eine vorsätzliche Sachbeschädigung nicht nachgewiesen sei. Der Vorsitzende fragte den Angeklagten, was er von Körner gelesen habe und wie er zu ihm käme. Der Angeklagte konnte darauf keine Antwort geben. Er wolle nur wissen, daß Körner in der Schlacht bei Grahden gefallen sei. Das habe er in der Schule gelernt. Während zog sich der Gerichtshof zurück. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

Krankenkassen und Arzthonorar.

Die Kassen am Ende ihrer Kraft.

Die Vorstände der Berliner Krankenkassen nahmen am Dienstagabend zu den Einigungsverhandlungen zwischen Ärzten und Kassen im preussischen Wohlfahrtsministerium Stellung. In der Aussprache wurde übereinstimmend betont, daß die Kassen nunmehr am Ende ihrer Kraft angekommen sind, weil die Regierung nicht darauf Rücksicht genommen habe, daß die Kassen alle ihre Ausgaben nach Valutapreisen machen müssen, während die Einnahmen tief unter den Ausgaben zurückbleiben. (Die Ausgaben für Arzneien und Arzneimittel zeigen im Juli eine Steigerung um 300—350 Proz., die Brillenpreise sind im Laufe des Monats Juli fünfmal gestiegen, das gleiche gilt von Bandagen und vielen anderen Artikeln. Arzneien, die in der letzten Woche 120 000 M. kosteten, kosten heute 300 000 M. Die chemisch-pharmazeutischen Fabriken haben daher all ihre Verkaufspreise nunmehr dem Dollarstand angepaßt.) Trotz der so billig unhalbbaren Lage für die Kassen war man im allgemeinen gegen eine Ablehnung der im preussischen Wohlfahrtsministerium getroffenen Vereinbarungen, weil eine solche Ablehnung im jetzigen Augenblick alle Schuld für den vertraglosen Zustand den Kassen zugeschoben hätte. Die Abstimmung nach Kassen ergab folgendes Bild: 38 Stimmen waren für die Vereinbarungen, 18 dagegen; eine Kasse übte Stimmenthaltung. Die Ärzte haben also nunmehr ab 1. August den vollen Friedenssatz plus Index und mögentsliche, postnumerando erfolgende Auszahlung.

Ein „Herrenverein“.

Es gibt doch noch Leute mit „höheren Interessen“, die trotz der allgemeinen Not nicht in den Strudel des „Gewöhnlichen“ hinabgerissen werden und die vor allem wissen, was Anstand und gute „Benehmung“ ist.

Solche Leute findet man z. B. in dem Schwimmberein „Siemens & C. Charlottenburg-Berlin“. Als vor einigen Wochen die Hitze in Deutschland fast unerträglich wurde und die meisten Leute, die noch ihre gesunden Sinne beizubehalten konnten, es durchnaß verließen konnten, daß sich die von der Hitze geplagte Menschheit so dünn wie möglich (am besten gar nicht) anzog, erschienen einige Mitglieder des erwähnten Vereins zu den Bade- und Versammlungsbänden, man debatierte — ohne Kragen. Darob erob sich allgemeines Entsetzen bei den im vorchristlich-mäßigen Dreck Erstickenden, die die unter dem Einfluß der Hitze zu „Revolutionären“ gewordenen, wohl zunächst neidvoll betrachtet haben mögen und die nun um so empörter wurden, als die eigene badofenähnliche Kleidung der Transpiration („Schwitzen“) zu lagen wäre zu gewöhnlich geradezu unerträglich wurde. Den geistigen Niederschlag dieser Empörung finden wir in der Vereinszeitung vom Juli d. J., in der folgendes zu lesen steht:

Zu Bade- und Versammlungsbänden wünschen wir die Mitglieder in anständigem Anzuge zu sehen. Wir sind ein Verein, bestehend aus Damen und Herren meistens aus Bureau und wollen ein Herren- kein Arbeiterverein sein. Wenn 90 Proz. trotz der drückenden Hitze im Kragen erscheinen, kann diese Anstandsregel auch von den restlichen 10 Proz. befolgt werden. Und wenn es bei uns zu „sein“ ist und nicht paßt, dem steht der Weg offen, seinen Gefühlen anderwärts frei die Jagel schenken zu lassen.

Ja, ja, vor die Tugend haben die Götter den Schweiß gesetzt und die Arbeiter können gar nicht begreifen, was man alles ertragen muß, wenn man ein „Herren- und kein Arbeiter“ sein will. Dafür sind sie eben Plebejer. Aus derlei Stellen Nummer der Vereinszeitung aber geht hervor, daß dieser so hochkulturelle Herrenverein — ein Volkssbad Jungfernheide keine Badezusammenkünfte veranstaltet. Aber, meine Herren, wir bitten Sie, bauen Sie sich langsam ein Herrenbad irgendwo, fern vom Volk und lassen Sie dann, wenn Sie unter sich sind, dort Ihren Gefühlen freien Lauf oder sollte in jener Bekanntmachung doch nur die Hitze jener Tage nachgewirkt haben? Dann allerdings wäre ja manches verständlich.

Parteiubiläum. Genosse Adolf Soldner, Steglitz, August 1. zur 82. Abt. Steglitz gebürtig, begeht heute sein 50jähriges Parteiubiläum. Abteilungsleiter und Mitgliedschaft hoffen und wünschen, daß Gen. Soldner so wie bisher auch in Zukunft in treuer Pflichterfüllung noch viele Jahre tätig sein möge.

Groß-Berliner Parteinarichten.

- Abteilungsleiter der SPD. Am Dienstag, den 1. August, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung der Abteilungsleiter der SPD-Berlin im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 2. Referat über: Die Wohnungsfrage. Die Referenten laden die im Wohnungswesen ihres Bezirks als Stadträte, Mitglieder der Wohnungsausschüsse, und in den Wohnungsausschüssen tätigen Genossen besonders ein. Die Mitglieder des Ausschusses erscheinen am 6. Uhr.
2. Kreis, Wedding. Sonnabend, den 4. August, 7 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes an bekannter Stelle.
7. Kreis, Charlottenburg. Die im Freitag angelegte erweiterte Vorstandssitzung soll besonders umständlich wegen aus. Nähere Nachricht erfolgt nach.
9. Kreis, Wilmersdorf. Freitag, den 2. August, 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung im Viktoriapark. Wilhelmshavener Lagerhaus. Die politische Lage. Referent: Genosse Frank-Engelmann, W. 2. Es ist wegen der Wichtigkeit der Sache Pflicht, zu erscheinen.
22. Abt., Westfälischer. Heute von 6—8 Uhr Parteimaterial abholen beim Kassierer, Genosse Sprengel, Torstr. 20.
77. Abt., Schöneberg. Wegen der Abteilungsleiter in Zehlendorf, findet die Funktionärsversammlung nicht heute, sondern Montag, den 6. August, 8 Uhr, Schule, Frankfurterstraße statt.
- Jungfernhöhe. Gruppe Pantom. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Freitagsabende. Arbeitsgemeinschaft: Soziale Utopien. — Gruppe Friedrichshagen. Heute 7 1/2 Uhr, bei Dagemann, Bernsdorfer Str. 8: Wichtige Besprechung für Erlangen. Karten abholen.
- Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfreunde Schöneberg-Friedenau. Das Parteischlußfest der Schöneberger Arbeiterfreunde findet am Freitag, den 3. August, nachm. 4 Uhr, in Zehlendorf-Witz, Goltzhaus „Zum trüblichen Bismarck“, statt.

Unterbezirkstag der Kreise Ober- und Niederbarnim.

Am Sonntag, den 29. Juli, tagte in Berlin eine Konferenz der sozialdemokratischen Wahlvereine der Kreise Ober- und Niederbarnim. Wie schädlich die Vankröpfung der Regierung Cuno auf die arbeitende Bevölkerung wirkt und wie stark die Not und das Elend auf dem Einzelnen lastet, kam auf der Konferenz durch die einzelnen Redner stark zum Ausdruck. Unter ihren Augen, der Regierung der Hochminister, unterbindet die freie Wirtschaft eine geregelte Versorgung mit den notwendigen Lebensmitteln. Sie begünstigt die unerfälllichen Großproduzenten der Landwirtschaft und Industrie, die Devisenpekulanten und wucherischen Freireisende. Nach einem Referat des Genossen Jahnke über die wirtschaftliche und politische Lage wurde unter Betonung der Verantwortung der Partei in gegenwärtiger Zeit von allen Rednern die Vereinfachung der Regierung Cuno gefordert. Ein Antrag, der sich gegen jede Koalition mit den bürgerlichen Parteien ausspricht, wird gegen eine starke Widerarbeit abgelehnt. Den Geschäftsbereich gab der Genosse John. Spandau. Seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, ein reges Parteileben im Unterbezirk zu verzeichnen ist, ja sogar in verschiedenen Orten Aufbauarbeit geleistet werden konnte. In dem Vorstand des Unterbezirks wurden gewählt: 1. Vorsitzender Hubert Kreuer, Friedersdorf, 2. Vorsitzender Fritz Dombrowski, Bernau, 3. Kassierer Paul Sievers, Eberswalde, 4. Beisitzer Franz Vreus, Brunnmühle, 5. Beisitzer Max Kleinwachter, Wittenwerder, 6. Jugendvertreter Richard Prantz, Deegermühle. Als Delegierte für den Bezirksparteitag wurden gewählt: 1. Max Kleinwachter, Wittenwerder, 2. Fritz Bierke, Ladeburg, 3. Wilhelm Bühl, Nichtenau, 4. Paul Sievers, Eberswalde. Als Kandidat für den Reichsparteitag wurde der Genosse John, Spandau, gewählt.

